

Damir Skenderovic, Christof Dejung, Cenk Akdoganbulut, Thalia Brero

Einleitung

Rückkehr des Politischen

Neue Herausforderungen für die Geschichtswissenschaft

Politische Geschichte erhält heute eine neue Relevanz. Vor dem Hintergrund anhaltender Debatten um die vorgebliche – oder tatsächliche – Krise der Demokratie als politische Ordnungsform, des Aufkommens des Populismus als «Schatten der repräsentativen Demokratie», oder der immer wieder konstatierten «Demokratiemüdigkeit» stellen sich grundlegende Fragen nach der zukünftigen Organisation des gesellschaftlichen Zusammenlebens.¹ Auch die Herausforderungen, vor denen die Welt angesichts der Klimakrise, zunehmender ökonomischer Ungleichheit, anwachsender Migrationsströme, der Auswüchse des digitalen Monopolkapitalismus und der Expansionsgelüste autoritärer Regime steht, legen nahe, die Frage zu stellen, wie eine gerechtere und nachhaltigere Verteilung von Ressourcen und Chancen auf nationaler wie auch globaler Ebene politisch ausgehandelt und gestaltet werden kann.

Das erste Anliegen dieser Publikation ist die Reflexion darüber, was diese «Rückkehr des Politischen», die der Titel dieses Bandes benennt, für die Geschichtswissenschaft bedeutet. Dabei wird «das Politische» in Anlehnung an Chantal Mouffe als das Feld verstanden, auf dem grundlegende Antagonismen moderner Gesellschaften verhandelt werden müssen.² Mouffe grenzt sich dabei von einer neoliberalen Politiktechnokratie ab, die nach dem Ende des Kalten Krieges – und damit nach dem von Francis Fukuyama konstatierten «Ende der Geschichte»³ – politische Entscheide als alternativlos darstellte. Eine solche Sichtweise, die davon ausging, dass sich politische Konflikte durch eine zunehmende Individualisierung und eine allgemeine Orientierung an rationalen Diskursen auflösen würde, bezeichnet

1 Jan-Werner Müller, Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2016, S. 18; Arjun Appadurai, Demokratiemüdigkeit, in: Heinrich Geiselberger, Die grosse Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, Berlin 2017, S. 17–35; Veith Selk, Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie, Berlin 2023.

2 Chantal Mouffe, On the Political, Routledge, London 2005.

3 Francis Fukuyama, The End of History and the Last Man, New York 1992.

Mouffe als «kosmopolitische Illusion»; diese ignoriere die Bedeutung von Affekten, Identitäten und grundlegenden Differenzen in Bezug auf Visionen zukünftiger politischer Ordnungen. Mouffes Kritik stellt auch eine explizite Spitze gegen die Vorstellung von Jürgen Habermas dar, wonach die politische Entscheidungsfindung idealerweise als vernunftgeleiteter Diskurs zu modellieren sei. Sie unterscheidet «das Politische» als gesellschaftliches Kampffeld konzeptionell von «der Politik», dem institutionellen Gefüge, das dazu da sei, diese Konflikte in einem geordneten Rahmen zu halten.

Auf ähnliche Problemlagen weisen Debatten hin, die seit zwanzig Jahren unter dem Begriff der «Postdemokratie» geführt werden. Dabei wird auf grundlegende Krisenerscheinungen der Demokratie aufmerksam gemacht, die sich in öffentlicher Unzufriedenheit sowie in Defiziten demokratischer Verfahrensweisen und Handlungsmöglichkeiten zeigen würden. Während viele Bürgerinnen und Bürger kaum partizipieren und zunehmend, so Colin Crouch, in eine «apathische Rolle» verfallen würden, werde im Schatten von «politische[r] Inszenierung ...» die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht, von «gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft» vertreten würden.⁴ In der Zwischenzeit scheinen sich die Befunde zum Zustand der Demokratie noch verdüstert zu haben. Umfragen konstatieren eine Zunahme von Misstrauen und Skepsis gegenüber der Demokratie.⁵ Studien zeigen, wie sich Entitäten mit autoritären, nicht demokratischen Strukturen an verschiedenen Orten der Welt als alternative, effiziente Verwaltungsregime präsentieren.⁶

Warnende Stimmen geben zu bedenken – nicht zuletzt aus historischer Perspektive –, dass Demokratisierung und kritische Aushandlung gesellschaftlicher Konflikte wieder rückgängig gemacht werden könnten, etwa durch zunehmende soziale und ökonomische Ungleichheit sowie anhaltende geschlechtsspezifische und rassistische Diskriminierung. Zusätzlich schafft das Aufkommen neuer Medienöffentlichkeiten in Form von sozialen Medien neue Orte und Bedingungen für gesellschaftliche Auseinandersetzungen.⁷ Auf diesen Plattformen entstehen politische Kommunikations- und Handlungsräume, deren Funktionsweisen und Logiken durch globale Unternehmen bestimmt werden, die sich politischer und demokratischer Aushand-

4 Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 2008, 10.

5 Pew Research Center, *European Public Opinion Three Decades After the Fall of Communism*, October 2019, <https://www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2019/10/Pew-Research-Center-Value-of-Europe-report-FINAL-UPDATED.pdf> (13. 5. 2024).

6 Slobodian Quinn, *Kapitalismus ohne Demokratie. Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen*, Berlin 2023.

7 Für den Einfluss des medialen Wandels auf das Feld des Politischen vgl. Jörg Requate, *Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999), S. 5–32; Moshe Zuckermann (Hg.), *Medien - Politik - Geschichte*, Göttingen 2003.

lung und Verantwortbarkeit entziehen.⁸ Zudem stellt sich die Frage, inwiefern die durch Algorithmen gezielt aufgebaute Empörungskultur medialer Filterblasen nicht eine grundsätzliche Bedrohung des demokratisch-politischen Diskurses darstellt. Darüber hinaus sehen einige Autoren und Autorinnen den Bedeutungsgewinn digitaler Monopolkonzerne als Teil eines breiteren Prozesses der Privatisierung politischer Macht sowie der Etablierung neofeudaler Verhältnisse, was bereits seit längerem als Begleiterscheinungen kapitalistischer Demokratien konstatiert wird.⁹ Andererseits wird betont, dass Gleichheit die Grundvoraussetzung von Demokratie sei, oder wie es Jacques Rancière formulierte, Demokratie weise immer eine kritische Funktion auf, denn sie sei der «Keil der Gleichheit, der objektiv und subjektiv im Herrschaftskörper steckt».¹⁰ Demokratie bedeutet damit immer auch die Auseinandersetzung um Teilhabe und Partizipation, die Aushandlung um Beteiligungsverfahren und Einflussnahmen sowie letztlich die Frage nach der Einlösung des demokratischen Versprechens.

Inszenierung und Aushandlung von politischer Macht

Diese zeitgenössischen Diagnosen zum Stand der Demokratie sollen dazu anregen, darüber nachzudenken, ob es bestimmte Aspekte des Politischen gibt, die für Gesellschaften verschiedener Epochen und geografischer Räume konstitutiv sind. So richtet sich der Blick beispielsweise auf politische Macht als Ausdruck von Einfluss und Herrschaft, die in allen Gesellschaften öffentlich inszeniert wird. Durch Rituale, Symbole, Bilder und andere Formen öffentlicher Inszenierung werden Herrschaftsordnungen legitimiert und damit soziale Hierarchien stabilisiert. Die Formen derartiger Repräsentationen sowie die Deutungsmuster, mit denen politische Machtverhältnisse und Entscheidungsfindungen sinnhaft und durchsetzbar gemacht werden, variieren jedoch je nach historischem Kontext. Ebenso wandeln sich die Kommunikations- und Erfahrungsräume wie auch die strukturellen und sozialen Kontexte, in denen sich das Handeln und Sprechen des Politischen vollziehen und die Konstruktion und sinnstiftende Deutung politischer Überzeugungen und Ideale stattfindet.

8 Jan Philipp Rau, Sebastian Stier, Die Echokammer-Hypothese: Fragmentierung der Öffentlichkeit und politische Polarisierung durch digitale Medien? in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 13/3 (2019), S. 399–417; Emily Kubin, Christian von Sikorski, The role of (social) media in political polarization. A systematic review, in: Annals of the International Communication Association, 45/3 (2021), S. 188–206.

9 Joel Kotkin, The Coming of Neo Feudalism. A Warning to the Global Middle Class, New York 2020.

10 Demokratien gegen die Demokratie. Jacques Rancière im Gespräch mit Eric Hazan, in: Demokratie? Eine Debatte, Berlin 2012, S. 90–95, hier S. 90.

Wenn Politik als «Herstellung kollektiv bindender Entscheidungen» verstanden wird, dann gewinnen aus kulturgeschichtlicher Perspektive Aushandlungs- und Kommunikationsmodi eine zentrale Bedeutung.¹¹ Zu den wirkmächtigen Faktoren zählen dabei Zeichen, Codes und Symbole. Sie sind massgeblich für die Herstellung politischer Handlungszusammenhänge und Herrschaftssysteme und manifestieren sich in Repräsentationen und Inszenierungen. Aus dieser Perspektive ist die Konstitution des Menschen als symbolerzeugendes und symboldeutendes Wesen – und die damit verbundene kommunikative Praxis – eine Grundbedingung politischen Handelns. Für die Betrachtung des Politischen richtet sich das Erkenntnisinteresse dementsprechend auf mediale oder ikonografische Ausdrucksformen.¹² Politik ist vor allem symbolische Ordnung, sie erzeugt gesellschaftliche Sinnsysteme und gibt dem Politischen Bedeutung.¹³

Doch Politik ist nicht nur Deutungskultur und Symbolwelt, sondern sie prägt auch Regelungsabläufe, Beteiligungsformen und Machtverhältnisse. Es geht um Macht und Herrschaft, die in unterschiedlichen Epochen und geografischen Räumen inszeniert, legitimiert und herausgefordert werden. Es geht um die Frage, wie Interessen und Partizipationsansprüche artikuliert und eingefordert werden. Das heisst, Politik ordnet soziale Beziehungen, Konflikte und Machtkämpfe zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die aufgrund unterschiedlicher Interessen versuchen, Gesellschaften zu gestalten und dabei ihre Ziele sachthematisch und problemorientiert verfolgen.¹⁴ Solche konzeptionelle Auslotungen sind wichtig, da es dabei darum geht, was Politik in der Geschichte bedeutet und welche Fragestellungen und Untersuchungsperspektiven gewählt werden.¹⁵

So hat das sich wandelnde Verständnis von Politikgeschichte in jüngster Zeit zu einer Entstaatlichung des Politikbegriffs geführt. Damit einher ging die Betonung transnationaler Perspektiven, aber auch die Abkehr von (männlichen) Machtsubjekten. Ziel ist es, marginalisierte und diskriminierte Gruppen in die historische Analyse politischer Machtkämpfe einzubeziehen.¹⁶ Dabei stellt sich immer

11 Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 28/4 (2002), S. 574–606, hier S. 587.

12 Barbara Stollberg-Rilinger (Hg.), *Was heisst Kulturgeschichte des Politischen?* Berlin 2005; Tobias Weidner, *Die Geschichte des Politischen in der Diskussion. Das Politische als Kommunikation*, Göttingen 2012.

13 Achim Landwehr, *Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen*, in: *Archiv für Kulturgeschichte*, 85/1 (2003), S. 71–117.

14 Yves Deloye, *Sociologie historique du politique*, Paris 2007.

15 Luise Schorn-Schütte, *Historische Politikforschung. Eine Einführung*, München 2006; Willibald Steinmetz, Ingrid Gilcher-Holtey, Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Writing Political History Today*, Frankfurt a. M. 2013; Adrian Hänni, David Luginbühl, *Politische Geschichte. Eine Einführung in Theorien und Methoden*, Paderborn 2023.

16 Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*. Frankfurt a. M. 2005.

wieder von Neuem die Frage, wie das Politische je nach Epoche und historischem Kontext vorgestellt, definiert und praktiziert wird. Verschiedene Akteure und Akteurinnen versuchen nicht nur mit unterschiedlichen Strategien den Denk- und Handlungsrahmen des Politischen festzulegen oder auszuweiten, sondern nutzten auch bereits bestehende politische Räume und Mittel, um sich gegen herrschende Machtverhältnisse und politische Ordnungen aufzulehnen. In diesen Zusammenhängen stellen sich eine Reihe politikgeschichtlich interessanter Fragen: Welche politischen Ordnungsmodelle wurden breit und öffentlich diskutiert und welche gesellschaftlichen Kreise – etwa religiöse Zirkel, Expertengremien, Interessengruppen, soziale Bewegungen, marginalisierte Gruppen usw. – beteiligten sich an diesen Aushandlungen? Inwiefern lässt sich eine Diskrepanz feststellen zwischen den politischen Grundsätzen, die in modernen Gesellschaften etwa in Verfassungen festgehalten werden, und der Art und Weise, wie die Machtverteilung in der politischen Alltagspraxis geschieht (etwa in der Art, wie politische Wahlen konkret durchgeführt werden)?¹⁷ Welche geschlechtsnormativen Markierungen dienten der Stabilisierung politischer Herrschaftspraxis und wie wurden sie herausgefordert?

Das Verhältnis zwischen weltlicher und religiöser Macht ist ebenso ein zentraler Bedingungsfaktor des Politischen wie die Beziehung zwischen politischer und wirtschaftlicher Macht. In eine *longue durée* Perspektive stellt sich die Frage, ob das Politische in der Sattelzeit eine Umdeutung erfuhr oder ob es frühneuzeitliche Phänomene gibt, die das Feld des Politischen auch im 19. und 20. Jahrhundert prägten. Lange war die Politikgeschichte durch Auffassungen geprägt, wie sie etwa Jürgen Habermas vertreten hat, wonach sich politische Fragen ab dem 18. Jahrhundert primär in einer von den Ideen der Aufklärung geprägten bürgerlichen Öffentlichkeit verhandelt wurden.¹⁸ In dieser Zeit seien politikhistorisch zentrale Konzepte wie öffentliche Meinung, Partizipation und Propaganda aufgekomen. Ob es sich dabei um grundlegende Aspekte der politischen Auseinandersetzung handelt, oder ob diese Konzepte je nach historischem Kontext eine unterschiedliche analytische Reichweite haben, ist seither immer wieder kontrovers diskutiert worden.

17 Hedwig Richter und Hubertus Buchstein (Hg.), *Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie*, Wiesbaden 2017.

18 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied 1962; vgl. auch Jürgen Habermas, *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, Berlin 2022.

Zunehmende Entfremdung zwischen Geschichts- und Politikwissenschaften

Ein zweites Ziel dieses Jahrbuches ist es, über disziplinäre Schwerpunkte und die Herausforderungen nachzudenken, die sich dadurch stellen, dass grundlegende Fragen zur künftigen gesellschaftlichen Entwicklung auf die politische Agenda zurückgekehrt sind. Geschichts- und Politikwissenschaften standen in der Schweiz lange Zeit in regem Austausch. Gemeinsame Untersuchungsgegenstände, Konzepte und methodische Zugänge führten zu Kooperationen und Synergien. Doppelprofessuren, Forschungsprojekte und Publikationsreihen zeugten von der Nähe der beiden Disziplinen.¹⁹ Wie in anderen Ländern auch verstärkte sich in der Schweiz nach der Jahrtausendwende der Prozess einer disziplinären Konsolidierung und Ausdifferenzierung. Diese Institutionalisierung führte nicht nur zu methodischen Abgrenzungen und konzeptuellen Prioritätensetzungen, sondern auch zur Formierung unterschiedlicher Forschungsgemeinschaften und akademischer Strukturen.²⁰

In den Politikwissenschaften hat das Interesse an historischen Fragestellungen aufgrund einer Neuorientierung an statistischen Methoden und dem Paradigma des Gegenwartsbezugs stark abgenommen, sodass es in den letzten zwei Jahrzehnten zu einer zunehmenden Enthistorisierung des Faches gekommen ist. Umgekehrt stiess die institutionell-strukturelle Sicht auf Politik in der Geschichtswissenschaft im Zuge der kulturhistorischen Wende auf immer weniger Resonanz. Traditionelle Forschungsfelder der Politikgeschichte wie die Verfassungs-, Militär-, Partei- oder Diplomatiegeschichte verloren an Bedeutung. Auch fand die quantitativ-modellhafte Methodik der Politologie bei Historikerinnen und Historikern wenig Resonanz.²¹ Es kam zu einer Entfremdung zwischen Geschichts- und Politikwissenschaft, die sich auch in einer zunehmenden Deutungskonkurrenz in Bezug auf Fragen des Politischen ausdrückt.²²

Vielleicht ist gerade deshalb der Zeitpunkt gekommen, um das Verhältnis der beiden Disziplinen zu überdenken – ein Verhältnis, das in der Vergangenheit als Wechsel-

19 Peter Gilg, Richard Reich (Hg.), *Geschichte und politische Wissenschaft*. Festschrift für Erich Gruner zum 60. Geburtstag, Bern 1975.

20 Philippe Gottraux, Pierre-Antoine Schorderet, Bernard Voutat, *La science politique suisse à l'épreuve de son histoire*. Genèse, émergence et institutionnalisation d'une discipline scientifique, Fribourg 2000.

21 *Politikgeschichte in der Schweiz: eine historiografische Skizze*, Themennummer Traverse – Zeitschrift für Geschichte, 20/1 (2013).

22 Für aktuelle Beispiele dieser Diskussion siehe: Mattia Diletti, *Bringing the History Back into Social and Political Sciences*, in: *USAbroad – Journal of American History and Politics*, 5/1 (2022), S. 43–48; Jørgen Møller, *The Problem of History*, in: *PS: Political Science & Politics*, 55/3 (2022), S. 525–529.

spiel von Annäherung und Abgrenzung bezeichnet wurde.²³ Diente die Geschichtswissenschaft Politologen und Politologinnen häufig als «Lagerhaus» (Klaus von Beyme) für ihre theoretischen Modelle, so fungierte die Politikwissenschaft den Historikerinnen und Historikern seit den 1970er-Jahren als Lieferantin von «Sozialdaten». Das «Nachbarschaftsverhältnis» beider Disziplinen zeigte sich somit vor allem in der Nutzung des empirischen Materials der jeweils anderen Disziplin.²⁴ Zugleich lässt sich feststellen, dass sich insbesondere die Zeitgeschichtsforschung in den letzten Jahren verstärkt darum bemüht, politikwissenschaftliche Begrifflichkeiten und Theoriebildungen wie auch sozialwissenschaftliche Modellbildungen zu historisieren und auf ihren zeitgenössischen Kontext und Bedeutungsgehalt hin zu befragen.²⁵ In der Politikwissenschaft wiederum haben sich in den letzten Jahren führende Vertreter und Vertreterinnen Gedanken gemacht, welche Lehren der Blick in die Vergangenheit allenfalls für die Zukunft der demokratischen Staatsform zu bieten hat.²⁶ Es ist zu hoffen, dass solche Entwicklungen in Zukunft zu einer erneuten Annäherung der beiden Disziplinen führen.²⁷

Aufbau des Bandes

Der vorliegende Band versammelt epochenübergreifend eine Reihe von Beiträgen, die sich mit unterschiedlichen Themen und Aspekten der Geschichte des Politischen befassen. Sowohl inhaltlich und quellenmässig als auch konzeptionell und methodisch verdeutlicht das Jahrbuch die Vielfalt und Fülle der aktuellen politikgeschichtlichen Forschung. Gegliedert ist der Band in drei Teile, die jeweils spezifische inhaltliche und methodische Akzente setzen.

Im *ersten Teil* geht es darum, zentrale Themen der politischen Geschichte wie Macht oder die Bedeutung politischer Milieus mit neuen methodischen Akzenten zu beleuchten und damit die Perspektive der Politikgeschichte zu erweitern. Im Mittelpunkt stehen symbolische, kommunikative und emotionale Praktiken, die sowohl sinnlich umgesetzte und erfahrbare Manifestationen als auch zentrale Instrumente

23 Klaus von Beyme, Die antagonistische Partnerschaft. Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft, in: Jürgen Osterhammel, Dieter Langewiesche, Paul Nolte (Hrsg.), Wege der Gesellschaftsgeschichte, Göttingen 2006, S. 33–44.

24 Alexander Gallus, Über das Verhältnis von Geschichts- und Politikwissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62/1–3 (2011), S. 9–45.

25 Rüdiger Graf, Kim Christian Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 59/4 (2011), S. 479–508.

26 So etwa David Runciman, The Confidence Trap. A History of Democracy in Crisis from World War I to the Present, Princeton NJ 2013.

27 Siehe zum Beispiel Carlos Domper Lasú, Giorgia Priorelli, Combining Political History and Political Science. Towards a New Understanding of the Political, London 2022.

politischer Kommunikation und medialer Deutungsstrategien darstellen. *Laurence Crottaz* untersucht in ihrem Beitrag, wie sich die frühen Kapetinger im Mittelalter als neue Herrscherdynastie etablieren konnten, indem sie einerseits als *Rois Thaumaturges* (Marc Bloch) ihre politische Macht durch Wunderheilungen und sakrale Rituale aufbauten und andererseits dem Konzept der «Krone» eine neue Bedeutung verliehen. Dadurch wurde die Verbindung zwischen Herrscherhaus und Volk sowohl auf symbolischer als auch persönlicher Ebene gefestigt. Bei *Cyprien Fuchs* steht der Freskenzyklus von Taddeo Gaddi in Pisa im Mittelpunkt. Dieser Zyklus enthält eine Darstellung aus dem Buch Hiob und zeigt dabei den Patriarchen mit einer goldenen Krone an seiner Seite. Diese Darstellung sollte die Herrschenden der Stadtrepublik Pisa, die Mitte des 14. Jahrhunderts politisch turbulente Zeiten erlebten, daran erinnern, nach göttlichen Prinzipien zu regieren. Der Beitrag von *Moisés Prieto* befasst sich mit der Rolle von Gefühlen und Affekten bei der Konsolidierung der Diktaturen von Napoleon Bonaparte und Juan Manuel de Rosas, dem Gouverneur von Buenos Aires. Beide Diktaturen gingen aus Revolutionen während der Sattelzeit um 1800 hervor. Angst, Hoffnung und Nostalgie waren integrale Bestandteile der jeweiligen emotionalen Regimes, die sich in den Inszenierungen der Macht ebenso manifestierten wie in der alltäglichen Ikonografie. *Bryan Muller* befasst sich in seinem emotionshistorischen Beitrag mit drei politischen Milieus in Frankreich von 1968 bis 1974: den Rechten (Gaullisten und Gaullistinnen, Giscardianerinnen und Giscardianer), den kommunistischen und radikalen Linken (Trotzkisten und Trotzkistinnen, Maoistinnen und Maoisten, Anarchisten und Anarchistinnen) und den «Gemäßigten» (Zentristen und Zentristinnen, nichtkommunistische Linke). Er konzeptualisiert diese als «Gefühlsgemeinschaften» (*communautés émotionnelles*) und zeigt auf, wie sie in der politischen Kommunikation bestimmte Emotionen wie Angst, Verachtung und Hass nutzten, um sich voneinander abzugrenzen.

Der *zweite Teil* umfasst Beiträge zu einer Reihe von politischen Akteuren und Ereignissen, die in Momenten krisenhafter gesellschaftlicher Übergänge und Veränderungen auftraten und die Selbstbeschreibung und Orientierungssuche der nachfolgenden Gesellschaft politisch und ideologisch nachhaltig beeinflussten. Insbesondere von rechter Seite kamen Deutungsangebote, die Krisenempfindungen und Verunsicherungen mit heroischen Gegenerzählungen von Revolution und Bürgerkrieg beantworteten oder die sich einer Semantik von Ordnung und Tradition, Sicherheit und Gewissheit bedienten. Der Beitrag von *Dorothee Beck*, *Carmen Birkle*, *Isabel Heinemann* und *Jutta Hergenhan* setzt sich aus interdisziplinärer Perspektive mit der Retraditionalisierung von Geschlechterordnungen in historischen Umbruchsituationen vom Ancien Régime bis zu den modernen Demokratien auseinander. Die Autorinnen zeigen auf, dass die Ablehnung der Gleichstellung der Geschlechter und der Ruf nach einer traditionellen Geschlechterordnung eine direkte Reaktion auf als krisenhaft dargestellte gesellschaftliche Entwicklungen

waren – eine ähnliche Strategie lässt sich in jüngster Zeit bei rechtspopulistischen Parteien beobachten. *François Robinet* behandelt die People's Party in den USA, den Blasquismus in Spanien und den Boulangismus in Frankreich, die alle im späten 19. Jahrhundert in einem als krisenhaft wahrgenommenen Umfeld entstanden sind und in der Literatur in der Regel als populistische Bewegungen mit demagogischen und antidemokratischen Tendenzen bezeichnet werden. Demgegenüber argumentiert er in seinem Beitrag, die Kritik dieser Akteure an der Demokratie sei keine grundsätzliche Verurteilung der politischen Repräsentation, sondern eine Infragestellung des Parlamentarismus als einer bestimmten Form der Repräsentation, um damit die demokratischen Grenzen der herrschenden Regime aufzuzeigen. *Lukas Potsch* geht dem Topos des Bürgerkrieges in den Schriften Ernst Jüngers nach, einem prominenten Vertreter der sogenannten Konservativen Revolution während der Weimarer Republik. In seiner Inszenierung von politischer Opposition stellt Jünger den Bürgerkrieg als positive Konfliktform dar und setzt ihn an die Stelle der Revolution. Dies entspricht Jüngers heroischem Geschichtsverständnis wie auch seiner generellen Skepsis gegenüber historischem Fortschritt. *Lukas Schepers* beschreibt in seinem bildanalytischen Beitrag, wie Pressefotografien vom sogenannten «Sturm auf das Kapitol» in Washington im Januar 2021 die Formsprache revolutionärer Ikonografie aufweisen. Die fotografierten patriotischen Selbstinszenierungen erinnern in ihrer Dramatik und Symbolik an Aby Warburgs «Pathosformel» und reihen sich ein in die Darstellungen heroischer Taten auf Propagandaplakaten und in Filmen über die amerikanische Revolution.

Der *dritte Teil* des Bandes verdeutlicht, dass ein erweiterter politikgeschichtlicher Blick auf die institutionalisierte Politik von Staat, Verwaltung und Parteien neue Untersuchungsfelder eröffnet. Mit der Ausweitung politischer Handlungsfelder und gesellschaftlicher Kommunikationsräume sowie dem Bedeutungsgewinn professioneller Expertise und Wissensproduktion traten neue Akteure und Akteurinnen auf die politische Bühne. Diese brachten zusätzliche Sinndeutungen und Entscheidungsangebote in die verschiedenen Politikfelder ein. In ihrem Beitrag beschäftigt sich *Marion Ronca* mit der schweizerischen Wirtschafts- und Konjunkturbeobachtung von 1932 bis 1980. Sie fokussiert dabei auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik, zwei Felder, die eigentlich als voneinander unabhängig gelten und die ihre Legitimität aus jeweils eigenen Regeln und Zuständigkeiten beziehen. Tatsächlich aber standen Wissenschaft und Politik in einem labilen Verhältnis von Legitimierung und Delegitimierung, das in Krisenzeiten besonders unter Druck geriet und zu einem Gerangel um Erklärungs- und Interventionskompetenzen führte. *Michael Herzigs* Beitrag untersucht die Entstehung einer Reihe von niederschweligen Angeboten für Drogenkonsumierende in den 1980er- und 1990er-Jahren in der Schweiz. Die damalige Drogenpolitik war nicht nur durch ideologische Konfliktlinien und dämonisierende öffentliche Diskurse geprägt, sondern auch durch neue

epidemiologische Erkenntnisse und vermehrte Interventionen von Fachleuten und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen. Schliesslich untersucht *Baptiste Antoniazza* die Wahlkampagnen der Sozialdemokratischen Partei von Anfang der 1980er- bis Mitte der 1990er-Jahre, als die Partei in den Städten Genf und Lausanne zunehmend bedeutende Wahlerfolge erzielte. In dieser Zeit verlagerte die SP ihren Schwerpunkt von den klassischen linken Themen der Arbeiterklasse wie Wohnungs- und Sozialpolitik auf urbane Lebensqualität und professionalisierte ihre Wahlkampagnen.

Wir hoffen, dass die in diesem Band enthaltenen Beiträge dem Feld der Politikgeschichte neue Impulse verleihen und Anregungen darstellen, wie die Geschichtswissenschaft wieder stärker mit der Politikwissenschaft ins Gespräch kommen kann, um so auf die Rückkehr des Politischen zu reagieren.

Damir Skenderovic, Christof Dejung, Cenk Akdoganbulut, Thalia Brero

Le retour du politique

Les nouveaux défis lancés à l'histoire

L'histoire politique retrouve aujourd'hui une nouvelle pertinence. Dans le contexte des débats persistants sur la crise prétendue – ou réelle – de la démocratie comme forme d'organisation politique, de l'émergence du populisme comme «ombre de la démocratie représentative», de cette «lassitude à l'égard de la démocratie» qu'on ne cesse de constater, des questions fondamentales se posent sur l'organisation future de la coexistence sociale.¹ Les défis auxquels le monde est confronté – crise climatique, inégalité économique croissante, flux migratoires en augmentation, excès du capitalisme numérique et velléités d'expansion des régimes autoritaires – contribuent à soulever des interrogations sur la manière dont une répartition plus juste et plus durable des ressources et des chances aux niveaux national et global peut être négociée et mise en forme sur le plan politique.

Aussi la réflexion sur ce que signifie pour la science historique ce «retour du politique» auquel fait allusion le titre de ce volume est-elle la première intention de cette publication. «Le politique» est ici compris, en s'appuyant sur Chantal Mouffe, comme le champ où doivent être traités les antagonismes fondamentaux des sociétés modernes.² Mouffe se démarque sur ce point d'une technocratie politique néolibérale qui, après la fin de la guerre froide – et donc après la «fin de l'histoire»³ constatée par Francis Fukuyama – a de plus en plus souvent affirmé qu'il n'y avait pas d'alternatives aux décisions politiques prises. Mouffe qualifie d'«illusion cosmopolite» une telle conception, qui partait de l'idée que les conflits politiques se résoudraient par une individualisation croissante et une acceptation générale d'un discours rationnel; elle considère que ce point de vue ignore l'importance

1 Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus?* Ein Essay, Berlin 2016, p. 18; Arjun Appadurai, «Demokratiemüdigkeit», in: Heinrich Geiselberger, *Die grosse Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit*, Berlin 2017, pp. 17–35; Veith Selk, *Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie*, Berlin 2023.

2 Chantal Mouffe, *On the Political*, Londres 2005.

3 Francis Fukuyama, *The End of History and the Last Man*, New York 1992.

des affects, des identités et des divergences fondamentales concernant les visions d'ordres politiques futurs. La critique de Mouffe représente aussi une pique explicite contre l'idée, défendue par Jürgen Habermas, que la prise de décision politique doit revêtir, dans l'idéal, la forme d'un discours guidé par la raison. Sous l'angle conceptuel, elle distingue «le politique», comme champ de lutte sociale, de «la politique», comme structure institutionnelle destinée à contenir ces conflits dans un cadre ordonné.

Des débats qui ont été menés au cours des vingt dernières années autour du concept de «postdémocratie» renvoient à des problématiques analogues. On y attire l'attention sur des phénomènes de crise fondamentaux de la démocratie qui se manifesteraient dans l'insatisfaction publique, ainsi que dans les déficits des procédures et des possibilités d'action démocratiques. Alors que beaucoup de citoyennes et de citoyens ne participeraient pratiquement plus à la vie politique et s'enfermeraient de plus en plus, comme l'écrivait jadis Colin Crouch, dans un «rôle apathique», on pratique à l'ombre de la «mise en scène politique [...] la politique réelle derrière des portes fermées», politique menée par des «gouvernements élus et des élites» qui représenteraient avant tout «les intérêts de l'économie».⁴ Entre-temps, les constats sur l'état de la démocratie semblent s'être encore assombris: les sondages font apparaître une hausse de la méfiance et du scepticisme à son égard.⁵ Dans différents endroits du globe, des entités dotées de structures autoritaires et non démocratiques se présentent comme un régime d'administration alternatif et efficace.⁶

Des voix s'élèvent cependant et leurs mises en garde donnent à réfléchir – notamment dans une perspective historique – au fait que la démocratisation et la négociation critique des conflits sociaux pourraient être balayées, en raison de l'augmentation des inégalités sociales et économiques, ainsi que de la persistance des discriminations sexiste et raciste. L'apparition de nouveaux espaces médiatiques publics, sous la forme des réseaux sociaux, fait en outre surgir de nouveaux lieux et de nouvelles conditions pour les confrontations sociales.⁷ Sur ces plateformes naissent des espaces politiques de communication et d'action dont les modes de fonctionnement et les logiques sont définis par des entreprises globales qui échappent à la responsabilité politique et aux règles de la démocratie.⁸ Se pose de plus

4 Colin Crouch, *Postdemokratie*, Francfort-sur-le-Main 2008, p. 10.

5 Pew Research Center, *European Public Opinion Three Decades After the Fall of Communism*, octobre 2019, www.pewresearch.org/global/wp-content/uploads/sites/2/2019/10/Pew-Research-Center-Value-of-Europe-report-FINAL-UPDATED.pdf (13. 5. 2024).

6 Slobodian Quinn, *Kapitalismus ohne Demokratie. Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen*, Berlin 2023.

7 Sur l'influence de la mutation médiatique sur le champ du politique, cf. Jörg Requate, *Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25, 1999, pp. 5–32; Moshe Zuckermann (dir.), *Medien – Politik – Geschichte*, Göttingen 2003.

8 Jan Philipp Rau, Sebastian Stier, *Die Echokammer-Hypothese. Fragmentierung der Öffentlich-*

la question de savoir dans quelle mesure la culture de l'indignation au sein des «bulles de filtres» cultivées volontairement par les algorithmes, ne représente pas une menace fondamentale pour le discours démocratique. Plus encore, certains auteurs et auteures considèrent l'importance conquise par les groupes numériques modernes comme une fraction d'un processus plus large de privatisation du pouvoir politique et d'établissement d'un système néoféodal, phénomènes que l'on constate depuis longtemps comme autant d'épiphénomènes des démocraties capitalistes.⁹ On souligne d'autre part que la condition fondamentale de la démocratie est l'égalité ou encore, comme le formulait Jacques Rancière, que la démocratie présente toujours une fonction critique, car elle est le «coin de l'égalité encastré deux fois, objectivement et subjectivement, dans le corps de la domination».¹⁰ La démocratie signifie donc toujours aussi la confrontation pour le partage et la participation, la négociation autour des procédures de répartition et de prises d'influence, et pour finir la question du respect de la promesse démocratique.

Mise en scène et négociation du pouvoir politique

Ces diagnostics contemporains sur la démocratie doivent nous inciter à nous demander s'il existe certains aspects du politique constitutifs des sociétés de différentes époques et de différents espaces géographiques. Le regard se tourne, par exemple, sur le pouvoir politique comme expression de l'influence et de la domination qui sont mises en scène publiquement dans toutes les sociétés. Des rituels, des symboles, des images et d'autres formes de mise en scène publiques légitiment les structures de la domination et, du même coup, stabilisent les hiérarchies sociales. Les formes de ce type de représentation, ainsi que les modèles d'interprétation à l'aide desquels les rapports de pouvoir et les prises de décisions politiques sont rendus concrets et réalisables, varient cependant selon le contexte historique. De la même manière, les espaces de communication et d'expérience changent, tout comme les contextes structurels et sociaux dans lesquels évoluent l'action et la parole du politique – et au sein desquels se déroulent la construction et l'interprétation, créatrice de sens, des convictions et des idéaux politiques.

keit und politische Polarisierung durch digitale Medien?, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 13/3, 2019, pp. 399–417; Emily Kubin, Christian von Sikorski, The role of (social) media in political polarization. A systematic review, in: Annals of the International Communication Association 45/3, 2021, pp. 188–206.

9 Joel Kotkin, *The Coming of Neo Feudalism. A Warning to the Global Middle Class*, New York 2020.

10 Les Démocraties contre la démocratie, Jacques Rancière, entretien avec Eric Hazan, in: *Démocratie, dans quel État?*, Paris 2009, pp. 95–100.

Si l'on conçoit la politique comme une «production de décisions collectives et contraignantes», les modes de la négociation et de la communication prennent, dans une perspective d'histoire culturelle, une signification centrale.¹¹ Parmi les facteurs efficients, on trouve des signes, des codes et des symboles: ils sont déterminants pour la production de contextes politiques d'action et de systèmes de domination. Ils se manifestent à travers des représentations et des mises en scène. Dans cette perspective, considérer l'être humain comme créature productrice de symboles et interprétant les symboles – et la pratique communicationnelle que cela implique – constitue une condition fondamentale de l'action politique. Quand il s'agit de considérer le politique, l'intérêt scientifique s'oriente par conséquent vers les formes d'expression médiatiques ou iconographiques.¹² La politique est avant tout un ordre symbolique, elle produit des systèmes sociaux et donne au politique sens et signification.¹³

Mais la politique n'est pas seulement une culture de l'interprétation et un monde symbolique; elle forge aussi des cycles de régulation, des formes de participation et des rapports de pouvoir. Il s'agit de logiques de domination qui sont mises en scène et mises au défi à différentes époques et dans différents espaces géographiques. Il s'agit de déterminer comment intérêts et prétentions à la participation politique sont exprimés et réclamés.

Cela signifie que la politique met en ordre les relations sociales, les conflits et les luttes de pouvoir entre des groupes sociaux différents qui tentent, sur la base d'intérêts divergents, de façonner les sociétés et qui poursuivent leurs buts étroitement liés aux thématiques et aux problèmes qui se posent.¹⁴ De telles explorations conceptuelles sont importantes dès lors qu'il s'agit de réfléchir à ce que signifie la politique dans l'histoire et aux problématiques et perspectives d'examen que l'on choisit.¹⁵

La conception changeante de l'histoire politique a récemment conduit à une certaine «désétatisation» du concept de politique. Ce phénomène est allé de pair avec la mise en avant de perspectives transnationales, mais aussi avec un mouvement d'abandon de l'étude des acteurs (masculins) du pouvoir. Le but est désormais d'intégrer des groupes marginalisés et discriminés dans l'analyse historique des luttes

11 Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28/4, 2002, pp. 574–606, ici p. 587.

12 Barbara Stollberg-Rilinger (dir.), *Was heisst Kulturgeschichte des Politischen?* Berlin 2005; Tobias Weidner, *Die Geschichte des Politischen in der Diskussion. Das Politische als Kommunikation*, Göttingen 2012.

13 Achim Landwehr, Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 85/1, 2003, pp. 71–117.

14 Yves Deloye, *Sociologie historique du politique*, Paris 2007.

15 Luise Schorn-Schütte, *Historische Politikforschung. Eine Einführung*, Munich 2006; Willibald Steinmetz, Ingrid Gilcher-Holtey, Heinz-Gerhard Haupt (dir.), *Writing Political History Today*, Francfort-sur-le-Main 2013; Adrian Hänni, David Luginbühl, *Politische Geschichte. Eine Einführung in Theorien und Methoden*, Paderborn 2023.

politiques pour le pouvoir.¹⁶ Au sein de ce phénomène, une question ne cesse de revenir : de quelle manière le politique est-il représenté, défini et pratiqué en fonction du contexte ? Différents acteurs et actrices ne tentent pas seulement d'établir ou d'élargir, au moyen de stratégies diverses, le cadre de réflexion et d'action du politique, mais utilisent aussi des moyens et espaces politiques existants pour s'insurger contre les rapports de pouvoir et les modèles d'ordre dominants. Dans ces contextes se pose aussi une série de questions intéressantes sur le plan de l'histoire politique : quels modèles d'ordre politique ont-ils été discutés de manière large et publique, et quels cercles sociaux – par exemple groupes religieux, cercles d'experts, groupes d'intérêt, mouvements sociaux, groupes marginalisés, etc. – ont-ils participé à ces négociations ? Dans quelle mesure peut-on constater une disparité entre les principes politiques fondamentaux fixés par exemple dans les constitutions des sociétés modernes, et la façon dont la répartition du pouvoir se déroule dans la pratique quotidienne (par exemple dans la manière dont sont concrètement mises en œuvre des élections) ?¹⁷ Quels marquages normatifs de genre ont servi à la stabilisation de la pratique politique de domination, et comment ont-ils été mis en question ?

Le rapport entre pouvoir séculier et pouvoir religieux est lui aussi un paramètre central du politique, tout comme la relation entre les pouvoirs politique et économique. Dans une perspective de longue durée, la question se pose de savoir si le politique a connu une réinterprétation au cours de la période charnière qui fait la jonction entre l'Ancien Régime et la période contemporaine (la *Sattelzeit* de Reinhart Koselleck), ou s'il existe des phénomènes concernant le début de l'époque moderne qui se sont maintenus dans le champ du politique aux XIX^e et XX^e siècles. Car il est vrai que l'histoire politique a longtemps été marquée par des conceptions telles que celles défendues, par exemple, par Jürgen Habermas, selon lesquelles à partir du XVIII^e siècle, les questions politiques ont été essentiellement traitées au sein d'une opinion publique bourgeoise, forgée par les idées des Lumières.¹⁸ À cette époque seraient apparus des concepts centraux pour l'histoire politique, comme la participation et l'opinion publiques, ou encore la propagande. La question de savoir s'il s'agit là d'aspects fondamentaux de la confrontation politique, ou si ces concepts ont une portée analytique différente selon le contexte historique, n'a cessé depuis de faire l'objet de discussions animées.

16 Ute Frevert, Heinz-Gerhard Haupt (dir.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Francfort-sur-le-Main 2005.

17 Hedwig Richter, Hubertus Buchstein (dir.), *Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie*, Wiesbaden 2017.

18 Jürgen Habermas, *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Neuwied 1962 (*L'Espace public*, trad. M. B. Delaunay, Paris 1988) ; cf. aussi Jürgen Habermas, *Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik*, Berlin 2022.

Distanciation croissante entre les sciences historiques et politiques

Un deuxième objectif de cet annuaire est de réfléchir aux axes de réflexion prioritaires des disciplines et aux défis posés par le retour, à l'agenda politique, de questions fondamentales sur l'évolution future de la société. Les sciences historiques et politiques ont longtemps entretenu en Suisse un échange nourri. La communauté de certains objets d'étude, concepts et questionnements méthodologiques a débouché sur des coopérations et des synergies: doubles chaires à l'université, projets de recherche et séries de publications témoignaient de la proximité des deux disciplines.¹⁹ Puis, comme dans d'autres pays, on a vu s'engager dans la Suisse du début du nouveau millénaire une consolidation et une différenciation des disciplines. Cette institutionnalisation n'a pas seulement abouti à des délimitations méthodologiques et à des fixations de priorités conceptuelles, mais aussi à la formation de différentes communautés de recherche et de structures académiques.²⁰

En sciences politiques, l'intérêt pour les problématiques historiques a fortement diminué à la suite d'une réorientation sur les méthodes statistiques et sur le paradigme de la référence au temps présent, si bien qu'on a assisté au cours des deux dernières décennies à une «déshistoricisation» croissante de la discipline. À l'inverse, la vision institutionnelle et structurelle de la politique a perdu peu à peu sa résonance au sein de la science historique dans le sillage du tournant de l'histoire culturelle. Les champs de recherche traditionnels de l'histoire politique, comme l'histoire constitutionnelle ou militaire, l'histoire diplomatique ou celle des partis, ont sensiblement perdu de leur importance. La méthodologie quantitative et celle calquée sur des modèles de la politologie ont également suscité peu d'échos chez les historiennes et les historiens.²¹ On a donc assisté à une prise de distance entre sciences historique et politique, qui s'exprime aussi dans une concurrence accrue autour de l'interprétation des questions du politique.²²

C'est peut-être précisément pour cette raison que le moment est venu de repenser la relation entre les deux disciplines – une relation qui, dans le passé, a souvent été

19 Peter Gilg, Richard Reich (dir.), *Geschichte und politische Wissenschaft. Festschrift für Erich Gruner zum 60. Geburtstag*, Berne 1975.

20 Philippe Gottraux, Pierre-Antoine Schorderet, Bernard Voutat, *La science politique suisse à l'épreuve de son histoire. Genèse, émergence et institutionnalisation d'une discipline scientifique*, Fribourg 2000.

21 *L'histoire politique en Suisse – une esquisse historiographique*, Traverse. Revue d'histoire 20/1, 2013.

22 Pour des exemples actuels de ce débat, voir Mattia Diletti, *Bringing the History Back into Social and Political Sciences*, in: *USAbroad. Journal of American History and Politics* 5/1, 2022, pp. 43–48; Jørgen Møller, *The Problem of History*, in: *PS: Political Science & Politics* 55/3, 2022, pp. 525–529.

décrite comme une alternance de rapprochements et de prises de distance.²³ Si les sciences historiques ont souvent servi d'«entrepôt» (Klaus von Beyme) aux politologues pour leurs modèles théoriques, les sciences politiques ont depuis les années 1970 fait office, pour les historiennes et les historiens, de fournisseuses de «données sociales». Le «rapport de voisinage» entre ces deux disciplines s'est ainsi avant tout manifesté dans l'utilisation, par chacune d'entre elles, du matériau empirique de l'autre.²⁴ On peut constater dans le même temps que la recherche en histoire contemporaine, en particulier, s'efforce de plus en plus, ces dernières années, d'historiciser les concepts et les théories des sciences politiques, ainsi que les modèles des sciences sociales, et de les interroger sur leur contexte et leur sens contemporains.²⁵ Des représentants et des représentantes majeurs des sciences politiques ont quant à eux mené ces derniers temps des réflexions sur les leçons que le passé historique peut potentiellement offrir aux formes que peut revêtir à l'avenir l'État démocratique.²⁶ On peut espérer que de telles évolutions débouchent dans l'avenir sur un nouveau rapprochement entre les deux disciplines.²⁷

Construction du lien

Le présent volume rassemble une série de contributions qui concernent différentes époques et traitent, en abordant des thèmes et des aspects variés, de l'histoire du politique. Sur le fond comme au regard des sources, de la conception et de la méthode, l'annuaire illustre la diversité et la richesse de la recherche politico-historique actuelle. Le volume est articulé en trois parties, chacune mettant l'accent sur un contenu et une méthodologie spécifique.

Dans la *première partie*, il s'agit d'éclairer des thèmes centraux de l'histoire politique, comme le pouvoir et l'importance des milieux politiques, par de nouvelles approches méthodologiques et d'élargir ainsi la perspective de l'histoire politique. L'accent est mis sur les pratiques symboliques, communicationnelles et émotionnelles qui sont aussi bien des manifestations mises en œuvre que vécues, et des ins-

23 Klaus von Beyme, Die antagonistische Partnerschaft. Geschichtswissenschaft und Politikwissenschaft, in: Jürgen Osterhammel, Dieter Langewiesche, Paul Nolte (dir.), Wege der Gesellschaftsgeschichte, Göttingen 2006, pp. 33–44.

24 Alexander Gallus, Über das Verhältnis von Geschichts- und Politikwissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62/1–3, 2011, pp. 9–45.

25 Rüdiger Graf, Kim Christian Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 59/4, 2011, pp. 479–508.

26 Par exemple David Runciman, The Confidence Trap. A History of Democracy in Crisis from World War I to the Present, Princeton, NJ, 2013.

27 Voir, par exemple, Carlos Domper Lasú, Giorgia Priorelli, Combining Political History and Political Science. Towards a New Understanding of the Political, Londres 2022.

truments centraux de la communication politique et des stratégies d'interprétation médiatiques. *Laurence Crottaz* étudie, dans sa contribution, la manière dont les premiers Capétiens purent s'établir comme une nouvelle dynastie de souverains, d'une part, en construisant, comme «rois thaumaturges» (Marc Bloch), leur pouvoir politique par des guérisons miraculeuses et des rituels sacrés et, d'autre part, en conférant une nouvelle signification au concept de «couronne». Le lien entre la maison régnante et la population fut ainsi consolidé aussi bien au niveau symbolique qu'au niveau personnel. *Cyprien Fuchs* se concentre sur le cycle de fresques de Taddeo Gaddi à Pise. Ce cycle contient une image empruntée au Livre de Job et montre le patriarche portant une couronne dorée à son flanc. Cette image devait rappeler aux gouvernants de la ville-république de Pise, qui connurent au milieu du XIV^e siècle des temps politiquement turbulents, qu'ils devaient gouverner selon des principes divins. La contribution de *Moisés Prieto* traite du rôle des sentiments et des affects dans la consolidation des dictatures de Napoléon Bonaparte et de Juan Manuel de Rosas, le gouverneur de Buenos Aires. Les deux dictatures sont nées de révolutions pendant la «période de transition» (*Sattelzeit*) autour de 1800. La peur, l'espoir et la nostalgie étaient des éléments à part entière des différents régimes émotionnels qui se manifestaient aussi bien dans les mises en scène du pouvoir que dans l'iconographie quotidienne. *Bryan Muller* traite, dans sa contribution qui porte sur l'histoire des émotions, de trois milieux politiques français entre 1968 et 1974: la droite (gaullistes, giscardiennes et giscardiens), les communistes et les membres de l'extrême gauche (trotskistes, maoïstes, anarchistes) et, enfin, les «modérés» (centristes, membres de la gauche non communiste). Il les conceptualise comme des «communautés émotionnelles» et montre comment elles ont utilisé la peur, le mépris et la haine dans leur communication politique pour se démarquer les unes des autres.

La *deuxième partie* regroupe des contributions concernant une série d'acteurs et d'événements politiques survenus dans des moments de transition et de transformation sociale prenant la forme de crises, et qui ont influencé durablement, sur le plan politique et idéologique, l'autodescription de la société qui a suivi et ses points de repère. Du côté de la droite, en particulier, sont arrivées des propositions d'interprétation qui répondaient aux sensations de crise et aux incertitudes par des contre-récits héroïques sur la révolution et la guerre civile, ou des discours utilisant une sémantique de l'ordre et de la tradition, de la sécurité et de la certitude. La contribution de *Dorothee Beck, Carmen Birkle, Isabel Heinemann et Jutta Hergenhan* se confronte, dans des perspectives interdisciplinaires, au regain de traditionalisme dans la répartition des genres que l'on peut rencontrer dans des périodes de rupture entre l'Ancien Régime et les démocraties modernes. Les autrices montrent que le refus de l'égalité entre les genres et l'appel à un ordre traditionnel des sexes étaient une réaction directe à des évolutions sociales présentées comme des crises – on constate d'ailleurs actuellement une stratégie comparable au sein des partis popu-

listes de droite. *François Robinet* traite du *People's Party* aux États-Unis, du blaquisme en Espagne et du boulangisme en France, tous nés à la fin du XIX^e siècle dans un environnement en crise, et que la littérature désigne en règle générale comme des mouvements populistes ayant des tendances démagogiques et antidémocratiques. Cependant, il développe dans sa contribution l'argument que la critique exercée par ces acteurs contre la démocratie n'est pas une condamnation de principe de la représentation politique, mais une remise en question du parlementarisme comme forme déterminée de la représentation, et qu'il s'agit ainsi de faire apparaître les limites démocratiques des régimes dominants. *Lukas Potsch* explore quant à lui le topos de la guerre civile dans les écrits d'Ernst Jünger, qui fut un représentant notoire de ce qu'on a appelé la Révolution conservatrice sous la République de Weimar. Dans sa mise en scène de l'opposition politique, Jünger présente la guerre civile comme une forme positive du conflit et substitue à la révolution. Cela correspond à la conception héroïque que Jünger a de l'histoire, mais aussi à son scepticisme général à l'égard du progrès historique. *Lukas Schepers* décrit pour sa part, dans sa contribution fondée sur l'analyse de l'image, comment les photographies de presse de «l'assaut sur le Capitole» survenu à Washington en janvier 2021, reprennent le langage formel de l'iconographie révolutionnaire. Les auto-mises en scène patriotiques photographiées rappellent, dans leur dramaturgie et leur symbolique, la «formule du pathos» d'Aby Warburg et s'inscrivent dans la lignée des actes héroïques représentés sur les affiches de propagande et dans les films consacrés à la Révolution américaine.

La *troisième partie* du volume montre qu'un regard d'histoire politique élargi sur la politique institutionnalisée de l'État, de l'administration et des partis, ouvre de nouveaux champs de recherche. Avec l'extension des champs d'action politiques et des espaces de communication sociaux, mais aussi avec l'importance croissante de l'expertise professionnelle et de la production de connaissances, de nouveaux acteurs et de nouvelles actrices sont apparus sur la scène politique. Ils ont apporté des interprétations et des possibilités de décision supplémentaires dans les différents champs politiques. Dans sa contribution, *Marion Ronca* évoque l'observation de l'économie et de la conjoncture en Suisse de 1932 à 1980. Elle se focalise sur la relation entre la science et la politique, deux champs normalement considérés comme indépendants l'un de l'autre, qui tirent leur légitimité de leurs règles et de leurs compétences respectives. Mais de fait, la science et la politique se trouvaient alors dans un rapport instable de légitimation et de délégitimation. Celui-ci, soumis à une pression particulière en temps de crise, a débouché sur une lutte ayant pour enjeu les compétences en termes d'explication et d'intervention. La contribution de *Michael Herzog* étudie l'apparition d'une série de structures facilement accessibles à l'intention des toxicomanes dans les années 1980 et 1990 en Suisse. La politique en vigueur à l'époque pour ce qui concernait les drogues n'était pas seulement mar-

quée par des lignes de conflit idéologiques et des discours publics diabolisants, mais aussi par de nouvelles connaissances épidémiologiques et des interventions plus nombreuses de spécialistes et de groupes issus de la société civile. Enfin, *Baptiste Antoniazza* analyse les campagnes électorales du Parti social-démocrate (PS) du début des années 1980 au milieu des années 1990, quand le parti obtenait des résultats électoraux de plus en plus élevés dans les villes de Genève et de Lausanne. À cette époque, le PS déplaça ses thèmes centraux, passant des sujets de gauche classiques liés à la classe ouvrière, comme la politique du logement et la politique sociale, à ceux portant sur la qualité de vie urbaine, et il professionnalisa ses campagnes électorales.

Nous espérons que les contributions contenues dans ce volume apporteront de nouvelles impulsions au champ de l'histoire politique et fourniront des pistes sur la manière dont la science historique peut de nouveau entrer dans une discussion plus intense avec les sciences politiques, afin de réagir au retour du politique constaté au début de cette introduction.

Traduit de l'allemand par Olivier Mannoni